Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR. 14

Nummer 303

Berliner Börsen-Zeitung

ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 55/56
GRUNDSTÜCKE

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inseres F. Steinborn, Schlachtensee; Äußeres Dr. R. Jäger, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Bogkowsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 1000 Mk. 69. Jahrgang Dienstag, 3. Juli 1923

Schwedisches Urteil über den Ruhrkrieg.

Unter der Ueberschrift „die Widerstandskraft der Ruhr und des Franken" schreibt „Göteborgs Handelstidning":

„Die französische Regierung verlangt beharrlich, daß vor Aufnahme irgendwelcher Verhandlungen mit der deutschen Regierung zunächst der passive Widerstand an der Ruhr eingestellt werden müsse. Herr Poincaré bettelt damit für sich selbst. Denn nichts ist gegenwärtig so peinlich für die französische Regierung, wie das Fiasko ihrer starken Politik an der Ruhr. Sie ist in beständiger Unruhe, daß an der Ruhr die vollständige Anarchie ausbricht. Es wäre äußerst peinlich für die französische Regierung, wenn sie genötigt würde, mit ihren Truppen in den Werkwaar einzugreifen, wie ihn ein vollständiger Zusammenbruch in den besetzten Gebieten mit sich führen würde. Flüge etwas oder erst Blei in Essen oder irgendeiner anderen Stadt des besetzten Gebietes, dann würde das französische Publikum aufwachen. Wie die brutale Unterdrückung des Schiffes durch die Werkerufe, würde das empfunden werden. Und diese Möglichkeit rückt immer näher und näher. Die bösen und intriganten Deutschen müssen ihren passiven Widerstand einstellen, sonst ist alles möglich.

Auch die französische Valuta fängt an zu wackeln. Man hatte gerechnet, daß man den Franken bis Mitte Juli halten könne. Besser ist es, wenn auch unter großen Opfern selbstlich gegangen, aber jetzt fängt der Franken an zu fallen. Es sieht aus, als ob die Kraft allmählich versagte. Kommt Mitte Juli heran, ohne daß die Ruhrfrage sich bis dahin in einem Frankreich günstigen Sinne gewendet hat, so kann man befürchten, daß der Frank die gleiche tägliche Reise nach unten antritt, die die deutsche, die russische, die österreichische und die polnische Valuta bereits hinter sich haben.

Die deutsche Regierung andererseits ist einfach nicht imstande, den passiven Widerstand aufzuheben. Sie kann nur dadurch eingreifen, daß sie die Bevölkerung an der Ruhr auffordert, zu Kreuze zu kriechen und sich den Wünschen der Eindringlinge zu fügen. Eine solche Aufforderung der deutschen Regierung würde aber keine nennenswerte Wirkung auf die Haltung der Bevölkerung ausüben; allenfalls würde sie verwirrend wirken. Höchst verhängnisvoll aber würde sie für die Regierung selbst. Eine solche Kapitulation würde einen derartigen Sturm der Entrüstung erregen, daß die Regierung augenblicklich hinweggefegt würde. Es wäre aber auch unklug, wenn die Regierung, falls sie nun die Macht dazu hätte, den Widerstand der Ruhrbevölkerung gegen die Besetzung schwächen wollte. Die Parallele der Entwaffnung vom Jahre 191 drängt sich geradezu auf. Der Frieden hätte greifbarer ein anderes Gesicht bekommen, hätten die deutschen Heere sich damals nicht so vollkommen entwaffnen lassen. Damals vertraute man auf das Wilsonsche Friedensprogramm und lieferte seine Waffen aus. Diese Vertrauensseligkeit hat man teuer bezahlen müssen. Es wäre ein verhängnisvoller Mißgriff, wollte man derselben Irrtum jetzt zum zweiten Male begehen und die einzige Waffe stumpf machen, über die man noch verfügt. Man liefere sich damit zum zweiten Male auf Gnade und Ungnade aus.

Die französische Regierung muß auch in Erwägung ziehen, ob sie einen vollständigen Bruch mit England, der die Folge sein kann, riskieren darf oder nicht. Inzwischen hält die deutsche Mark und alle Zeichen deuten auf die nahende Katastrophe. Was jeder vernünftige Mensch als unausbleiblich vorausgesehen, als Poincaré im Januar seine starke Politik inaugurierte, ist eingetreten. Es ist direkt komisch, zu beobachten, wie der „Temps", das Sprachrohr des französischen Außenministeriums, immer noch dieselben Behauptungen wiederholt; der Fall der deutschen Mark, die deutsche Unfähigkeit zu zahlen, ja das gesamte Elend unseres Erdteils, alles rühre nur von der Widerspenstigkeit der deutschen Regierung und der deutschen Großindustriellen her. Nicht ohne Spannung weiset die Welt, wie lange noch das französische Volk sich mit solchen netten Wiegenliedern in Schlaf lullen läßt. Wer wird sich als der stärkere erweisen, die Ruhrbevölkerung oder der Frank?"

Die Absichten der französischen Industrie auf die Rheinlandbahnen.

TU Frankfurt a. M., 3. Juli.

Da der Betrieb der von der französischen Militärbehörde im abgetretenen Rheinlandgebiete verwalteten Eisenbahnlinien außerordentliche Mittel verschlingt, so hat die französische Militärbehörde die französische Schwerindustrie um gewaltige Unterstützung für Eisenbahnzwecke im Rheinlande ersucht. Hierüber haben in der letzten Woche Besprechungen zwischen französischen Industrievertretern und dem Generalstab der Besatzungsarmee stattgefunden. Als Ergebnis verlautet, daß die französische Schwerindustrie die Bereitstellung der notwendigen Mittel zugesagt habe unter der Bedingung, daß diese jetzt von der französischen Militärbehörde verwaltete Eisenbahnlinie des Rheinlandes später verstaatlicht und in Form einer neu zu gründenden Gesellschaft in den Besitz der betreffenden französischen Industriegruppe übergehen sollten.

Die französische Antwort abgegangen?

Frankreich auch zu schriftlicher Antwort bereit. — Beruhigende Versicherungen des Foreign Office.

Sehr persönlich gehalten.

TU Paris, 3. Juli.

Während die gesamte Presse die Frage noch erörtert, ob vom Quai d'Orsay eine schriftliche Antwort nach London geschickt werden wird oder nicht, ist diese Antwort, wie die Eingeweihten wissen, in Wirklichkeit schon abgegangen. Ein Mitarbeiter der „Ere Nouvelle", der gute Beziehungen zu maßgebenden Stellen hat, teilt mit, daß die Antwort in sehr persönlicher Form gehalten ist, aber im wesentlichen den bekannten Standpunkt Poincarés vertritt. In derselben Angelegenheit schreibt die „Chicago Tribune": Poincaré hat gestern auf den bekannten englischen Fragebogen eine vierzig Seiten lange Antwort abgeschickt.

Der französische Botschafter in London, Graf St. Aulaire, erhielt die Weisung, den wesentlichen Inhalt dieser Antwort Lord Curzon mündlich mitzuteilen, auch wenn dieser es wünsche, auch die schriftlichen Ausführungen zu überreichen. St. Aulaire wurde gestern in Abwesenheit Lord Curzons von Sir Eyres Crowe empfangen, der ihm versicherte, daß die englische Regierung nicht die Absicht habe, getrennte Reptrationsverhandlungen mit Deutschland einzuleiten oder eine interalliierte Reparationskonferenz einzuberufen und ebenso wenig beabsichtige man Amerika zu gemeinsamer Ausübung eines Druckes auf Frankreich zwecks Bezahlung seiner Schulden aufzufordern.

EP Mailand, 2. Juli.

Aus dem Inhalt der französischen Antwort auf den englischen Fragebogen erfährt der „Corriere della Sera", Poincaré werde den Gesamtbetrag der Reparationsforderung Frankreichs auf 31 Milliarden Goldmark festsetzen, indem er den französischen Mindestforderung von 26 Milliarden Goldmark für die zerstörten Gebiete noch die Kosten der Ruhrbesetzung beifüge. Der französischen Forderung wäre der Anteil der Mächten und besonders fünf Milliarden für Frankreich und Belgien beizufügen. Mit London sucht die französische Regierungsvorlage für weitere Verhandlungen Zeit zu gewinnen.

Aber Frankreich ist sich einig.

Die Besetzung bleibt.

oca Paris, 3. Juli.

Marcel Hutin meint im „Echo de Paris", daß auf Grund der Wendung, die die französisch-englischen Verhandlungen in der Reparationsfrage nehmen, es nicht übertrieben sei, wenn man erkläre, daß der Ministerrat, der heute früh im Elysee unter dem Vorsitz Millerands stattfinden werde, von außerordentlicher Bedeutung sein werde. Poincaré werde dem Präsidenten der Republik und seinen Ministerkollegen eine vollkommene Darstellung der Instruktionen geben, die an den französischen Botschafter in London gerichtet worden sind und die nicht weniger als 40 Seiten umfassen. In den Wandelgängen der Kammer haben zahlreiche Abgeordnete die letzten Londoner Nachrichten besprochen und hierbei der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Richtlinie, die die Regierung eingeschlagen hat, nämlich die Besetzung des Ruhrgebietes bis zur Zahlung der Reparationen, gleichgültig was geschehen möge, die Mehrheit in der Kammer und die öffentliche Meinung hinter sich habe. Man wünscht eine Einigung mit England, aber nicht um den Preis von Opfern, die einer wahren Niederlage gleichkommen würden. Marcel Hutin fügt hinzu, Poincaré habe die Absicht, die Tagung des Senats und der Kammer bis zum 13. Juli andauern zu lassen, um in der kritischen Periode, die bevorstehe, einen ständigen Kontakt mit dem Parlament zu haben und auch um einige Gesetzentwürfe von besonderer Wichtigkeit für die innere und äußere Politik zu verabschieden. Außerdem hält Poincaré es für notwendig, daß wenigstens die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens unbedingt noch vor dem Auseinandergehen des Parlaments von der Kammer gutgeheißen werde, während die Annahme, dieses Abkommens, so schreibt Hutin, das bekanntlich gewisse Vorbehalte Frankreichs hinsichtlich der Konstruktionen von Unterseebooten enthält, wird das französische Parlament den Amerikanern den Willen Frankreichs zeigen, den Absichten des Präsidenten Harding gemäß zur Einschränkung der Rüstung beizutragen.

Das Dementi des Dementis.

London, 2. Juli.

Von gut unterrichteter Seite wird zur Lage mitgeteilt: Es ist unrichtig, daß Lord Crewe bei seiner letzten Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré einen brüskierenden, sogar drohenden Ton angeschlagen habe. Die Besprechung ist vielmehr in freundschaftlicher Form geführt worden. Ebenso unrichtig ist, daß man englischerseits auf der schriftlichen Form der Antwort bestehe und eine mündliche Antwort nicht entgegennehmen wolle. Man würde natürlich eine schriftliche Antwort vorziehen, die Hauptsache aber ist der Inhalt der bevorstehenden französischen Mitteilung. Für heute wird mit ihrem Eintreffen auf dem Foreign Office nicht mehr gerechnet, man hofft aber im Hinblick auf die besorgniserregende Lage, daß sie bald eintreffen werde. Endlich sind alle Vorausfagungen über die Politik, die die britische Regierung befolgen würde, falls die französische Antwort keine Möglichkeit zu einer Einigung geben sollte, durchaus verfrüht. Ueber diese Frage ist noch kein Beschluß gefaßt worden und kann auch nicht gefaßt werden, bevor man über die Absichten der Pariser Regierung genau unterrichtet ist. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Aeußerungen der englischen Blätter ein getreues Abbild von der Stimmung der öffentlichen Meinung des Landes geben. Die englische öffentliche Meinung wird sich immer klarer über die großen Gefahren, die eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes in sich birgt, und verlangt immer dringender nach einer Regelung. Natürlich ist es von größter Wichtigkeit, daß unsinnige Gewalttaten, wie das Attentat auf den belgischen Truppentransport, unterbleiben. Derartige Vorkommnisse erschweren den Kräften, die auf eine Regelung hinarbeiten, ihre Aufgabe außerordentlich und schaden dadurch am meisten dem Lande, dem sie nach Ansicht der Urheber gerade nützen wollen, nämlich Deutschland.

Paris, 3. Juli.

Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien" schreibt, die autorisierten Wortführer der englischen Regierung hätten niemals den Wunsch nach einer eiligen Lösung in der energischen Form zum Ausdruck bringen wollen, wie gestern die Spitzengänge der britischen Presse dies getan hätten. In offiziellen Kreisen habe man sich im Gegenteil bemüht, gestern zu unterstreichen, daß die Verhandlungen zwischen London und Paris seit Absendung des Fragebogens fortlaufend geführt worden seien. Man nehme in London an, daß der Besuch des französischen Botschafters am Mittwoch erfolgen werde. Der belgische Botschafter in London sei noch gestern abend ohne Instruktionen seiner Regierung gewesen. Es sei aber ohne Zweifel, daß diese Verzögerung die Ungeduld, die sich in den letzten Tagen in politischen Kreisen geltend gemacht habe, verstärke. Es vergehe keine Sitzung im Unterhaus, ohne daß Baldwin aufgefordert werde, eine Erklärung abzugeben. Die Lage sei bitter ernst; sie könne ohne Gefahr nicht noch länger andauern. Aber der Eindruck des Pessimismus, der durch gewisse Organe der englischen Presse geschaffen worden sei, erscheint dem Korrespondenten des halbamtlichen Blattes für den Augenblick ungerechtfertigt.

Der schweigsame Baldwin.

London, 2. Juli.

Im Unterhause fragte heute General Spears, ob es möglich sei, eine schleunige Antwort auf die deutsche Note abzusenden im Hinblick darauf, daß ein weiterer Aufschub bei der immer gefährlicher werdenden wirtschaftlichen Lage Deutschlands eine besorgniserregende Sache sein würde. Baldwin erwiderte: Ich kann am Augenblick keinerlei Erklärung abgeben. Die Regierung Seiner Majestät ist sich des Ernstes der Lage voll bewußt und tut, was sie kann, um die Dinge zu beschleunigen. Spears fragte, ob die Mächte, die das Ruhrgebiet besetzt halten, nicht aufgefordert werden könnten, keine weiteren Maßnahmen, die geeignet seien, den Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen, zu ergreifen, bevor Großbritannien um seine Ansicht gefragt sei. Hier greift der Sprecher ein.

Deutschland und die österreichische Anleihe.

Aus Wien, vom 30. Juni, wird uns geschrieben:

Im Herbst v. J. ist es bekanntlich dem österreichischen Kanzler Dr. Seipel gelungen, in größter Stunde, vor dem endgültigen politischen und finanziellen Verfall Deutsch-Oesterreichs, eine vorläufige Hilfe in Gestalt der sogenannten „Völkerbundsanleihe" zu erlangen. Die eindringlichen Vorstellungen des österreichischen Staatskanzlers vermochten es, beim Völkerbund in Genf namentlich England davon zu überzeugen, daß ein in sich zusammenbrechendes Oesterreich einen Zankapfel für die Nachbarstaaten bilden müßte, während der rationelle Wiederaufbau den Frieden und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas zum Nutzen aller im wesentlichen Grade sichern würde. Unter teilweiser Aufgabe allerdings seiner politischen und finanziellen Selbständigkeit ist dann für Oesterreich die Genfer Anleihe in Höhe von 650 Millionen Goldkronen zustandegekommen, deren ausschlaggebender Bestandteil, die Garantie der folgenden Staaten ist: Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Italien, Schweiz und Tschechoslowakei.

Von dem Anlehnskredit sind 130 Millionen Goldkronen auf bereits gewährte Vorschüsse zurückzuzahlen, sodaß insgesamt 520 Millionen zur Sanierung der österreichischen Finanzen und Wirtschaft für die nächsten zwei Jahre zur Verfügung stehen. Bedeutungsvoll ist, daß außer den genannten Staaten auch die Vereinigten Staaten durch das Bankhaus Morgan einen Betrag von 25 Millionen Dollar von der Anleihe zur Unterbringung übernommen haben. Damit hat die amerikanische Finanzwelt klar zum Ausdruck gebracht, daß sie entgegen der offiziellen Regierungspolitik ein sehr starkes Interesse an Europa nimmt.

Der Erfolg nun dieser garantierten österreichischen Staatsanleihe, die eine Verzinsung von 7 Prozent trägt und in 20 Jahren zurückzahlbar ist, bei einem Zeichnungspreis von 93 Prozent, ist ein ganz überraschend großer gewesen. Nur zwei Angaben dafür! Auf den beiden wichtigsten Geldmärkten, in England und in den Vereinigten Staaten, wurde der durch England aufgelegte Betrag an der Londoner Börse in 1½ Stunden mehrfach übergezeichnet, in New-York wurden sogar innerhalb von 15 Minuten über 100 Millionen Dollar gezeichnet, d. h. über das Vierfache des angebotenen Anleihebetrages. Sowohl in England als auch in Amerika wurde übereinstimmend größtes Interesse für die Anleihe in allen Teilen des Landes gezeigt. Das Ergebnis hat die Erwartung weit übertroffen.

Das sind „Zeichen der Zeit", die man auch bei uns nicht übersehen kann und die gewiß, nicht unerfreuliche Rückschlüsse zulassen auf den Erfolg etwaiger deutscher Versuche, im Auslande Kredite zu erhalten. Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, daß der Österreichische Anleihebetrag verhältnismäßig klein gewesen ist und daß er für deutsche Zwecke wesentlich größer sein müßte. Es ist ebenso selbstverständlich, daß das Opfer Oesterreichs für dieses „Barsengericht" — die Aufgabe der politischen und finanziellen Selbständigkeit — für Deutschland nicht in Frage kommen kann. Aber es hat sich doch deutlich genug erwiesen, daß der Geldmarkt des Auslandes fähig und willens ist, gesicherte Kredite für den europäischen Wiederaufbau zu geben, daß namentlich die Vereinigten Staaten ihr Geld anzulegen wünschen, sobald sich eine geeignete Gelegenheit dazu bietet. Gelänge es also, Deutschland politisch und wirtschaftlich wieder vertrauenswürdig, damit kreditfähig zu machen, so würde vermutlich auch hier bei dem an sich doch immer noch großen Vertrauen in die deutsche wirtschaftliche Tüchtigkeit die Tat erweisen, daß die Schätzungen der „Sachverständigen" bezüglich eines Erfolges einer deutschen Kreditaufnahme einer wesentlichen Korrektur nach oben bedürfen werden.

Die Wiederherstellung des deutschen Kredits im weitesten Umfange ist allerdings die Grundvoraussetzung. Und um eben dieses politisch und wirtschaftlich ausschlaggebende Aktivum kämpft Deutschland an der Ruhr. Hier verteidigt es mit Aufbietung letzter Kraft seine nationale und kaufmännische Ehre und hat damit zum großen Teil, wenn nicht völlig, sein Schicksal in eigener Hand. Besteht es diese bittere Probe — und es muß sie bestehen! — so ist es kein unbegründeter Optimismus, zu hoffen, daß der Weg aufwärts dann zwar nicht leicht und mühelos, aber doch leichter und rascher bei sich gehen wird, als man es heute vorauszusehen vermag. Das ist die Lehre, die sich aus dem unerwartet großen Erfolg der österreichischen Anleihe ergibt.

Der Reichspräsident hat den deutschen Gesandten in Caracas beauftragt, dem Präsidenten von Venezuela Aus-drück des Beileids der Reichsregierung auszusprechen.

Luftprogramm und Saargebiet.

Anfragen im Unterhaus.

London, 3. Juli.

Im Unterhause fragte der Abgeordnete der Arbeiterpartei Morel, ob die englische Regierung in Uebereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten die Initiative für die Einberufung einer Konferenz über die über die Einschränkung der Luftrüstungen ergreifen werde. Baldwin antwortete verneinend. Er bezeichnete es als verfrüht, von einer solchen Konferenz Resultate zu erhoffen, da zuvor eine Reihe von Vorfragen geregelt werden müßten. Ein anderer Abgeordneter fragte, ob die Regierung beabsichtige, dem Völkerbund vorzuschlagen, die Untersuchung über die Verwaltung des Saargebietes dem Haager Schiedsgerichtshof zu überweisen. Der Unterstaatssekretär Mac Neill antwortete, daß diese Maßnahme ihr ganz unnötig erscheine, da der Völkerbund die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung nicht bestritten habe.

Westerland auf Sylt
und Wenningstedt